

# Landtagspräsidentin zurückhaltend

*Keine offizielle Unterstützung für Betroffene des „Radikalenerlasses“*

**Stuttgart.** (sös) Enttäuschende Botschaft für die Betroffenen des Radikalenerlasses: Anders als von ihnen erhofft, wird sich Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne) nicht offiziell bei Ministerpräsident Winfried Kretschmann dafür einsetzen, dass es eine politische Rehabilitation sowie einen Entschädigungsfonds geben wird. Darum hatte eine Betroffeneninitiative kürzlich in einem Offenen Brief an Aras gebeten.

Zwar wisse man auch dank eines Heidelberger Forschungsprojekts, dass der Erlass viel Schaden angerichtet und kaum Nutzen gebracht habe, sagte Aras der RNZ. „Bei der Umsetzung ging jedes Gespür für Verhältnismäßigkeit verloren, und eine ganze Generation junger Men-



Landtagspräsidentin Aras. Foto: dpa

schen wurde unter Verdacht gestellt. Das war falsch.“ Von großer Bedeutung sei daher die Aufarbeitung der damaligen Ereignisse sowie die Untersuchung der Folgen für die damals Betroffenen.

Die weitergehenden Forderungen der Initiative macht sich Aras aber nicht zu eigen. Sie verweist lediglich darauf, dass seit 1991 die Regelanfrage beim Verfassungsschutz im Zusammenhang mit der Einstellung von Bewerbern im öffentlichen Dienst nicht mehr angewandt werde. „Weitergehende Maßnahmen kann die Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg in eigener Zuständigkeit nicht treffen“, erklärt dazu ein Sprecher des Landtags.

Mit dem „Radikalenerlass“ waren Anfang der 1970er zahlreiche Menschen unter den Generalverdacht gestellt worden, „Verfassungsfeinde“ zu sein. Allein in Baden-Württemberg gab es bis 1991 rund 695 000 Überprüfungen. Einige Betroffene machen geltend, dass sie in der Folge aus ihren Berufen gedrängt wurden – und heute in Armut leben.